

## A10 Leitantrag: Zwischen Platte, Patriarchat und Privilegien

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin  
Beschlussdatum: 09.02.2026  
Tagesordnungspunkt: 10. Leitantrag

### Antragstext

1 Zwischen Platte, Patriarchat und Privilegien – Soziale Garantien, Menschenwürde  
2 und demokratische Teilhabe für alle

3 Berlin muss eine Stadt sein, die der weltweit wachsenden sozialen Spaltung,  
4 patriarchalen Machtverhältnissen und politisch geschützten Privilegien  
5 entschieden entgegensteht. Die politischen Akteur\*innen unserer Stadt sind dafür  
6 verantwortlich, dass Armut, Rassismus, Sexismus und Klassenungleichheit  
7 gleichzeitig bekämpft werden, denn nur so können wir nachhaltig für soziale  
8 Gerechtigkeit sorgen.

9 Rassismus, Sexismus und Klassismus kommen selten allein, sondern verstärken sich  
10 gegenseitig. Dort, wo sich die Unterdrückungsformen kreuzen, also beispielsweise  
11 bei migrantisierten FLINTA\*, entstehen neue Ungerechtigkeiten. Wer Sexismus oder  
12 Rassismus als voneinander isolierte Phänomene betrachtet, wird der spezifischen  
13 Erfahrung vieler Menschen nicht gerecht. Wer sich zeitgleich für Feminismus,  
14 Antirassismus und Klassengerechtigkeit einsetzt, muss als Ziel haben, diese  
15 Mehrfachdiskriminierung zu beenden. Konkret heißt Intersektionalität also, dass  
16 Kämpfe gegen Sexismus immer mit Kämpfen gegen Rassismus, Klassismus und  
17 Kapitalismus verbunden werden müssen und überschneidende  
18 Diskriminierungserfahrung immer berücksichtigt wird.

19 Das Zusammenspiel mehrerer Unterdrückungsmechanismen beschneidet die Freiheit  
20 derjenigen, die ohnehin schon von Ausgrenzung betroffen sind. Wer in dieser  
21 Stadt um Wohnen, Mobilität oder den eigenen Aufenthalt fürchten muss, ist nicht  
22 frei. Wer staatlicher Repression oder struktureller Diskriminierung ausgesetzt  
23 ist, kann demokratische Rechte nicht gleichberechtigt wahrnehmen. Dieses  
24 Spannungsfeld ist der Ausgangspunkt unserer Politik: Zwischen Platte,  
25 Patriarchat und Privilegien entscheiden wir uns für eine Politik, die schützt,  
26 absichert und emanzipiert.

### 27 Soziale Sicherheit ist Grundlage von Freiheit

28 Gesellschaftliche Teilhabe ist nur dort möglich, wo soziale Sicherheit  
29 gewährleistet ist. Wir kämpfen für ein Berlin, das zentrale Lebensbereiche der  
30 Marktlogik entzieht und als öffentliche Verantwortung begreift. Wohnen,  
31 Mobilität und Daseinsvorsorge müssen für alle bezahlbar und zugänglich sein.

32 Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht, kein Spekulationsobjekt. Wir fordern  
33 die konsequente Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“  
34 und eine massive Ausweitung der Rekommunalisierung von Bestandswohnungen. Der  
35 Neubau muss sozial, ökologisch und gemeinwohlorientiert gestaltet werden, mit  
36 Mietobergrenzen, Mietpreisstopp und einem Vorkaufsrecht für Bezirke. Aber auch  
37 der klimagerechte Umbau von Bestandswohnungen darf nicht zu steigenden Mieten  
38 führen.

39 Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Wir fordern ein  
40 dauerhaftes bundesweites 9-Euro-Ticket sowie perspektivisch den kostenlosen  
41 öffentlichen Nahverkehr. Finanziert werden muss dies durch eine sozial gerechte  
42 Umlage auf den motorisierten Individualverkehr. Der ÖPNV gehört ausgebaut und  
43 barrierefrei gemacht, insbesondere in den Außenbezirken Berlins.

44 Freiwilliges Engagement soll für alle möglich sein, unabhängig von finanziellen  
45 Mitteln. Wir fordern deshalb ein Recht auf Freiwilligendienst, der fair vergütet  
46 wird, volle soziale Absicherung bietet und kostenfreie Mobilität einschließt.  
47 Soziale Infrastruktur wie Jugendclubs, Nachbarschaftszentren und Bibliotheken  
48 sind keine freiwilligen Leistungen, sondern notwendige Strukturen einer  
49 solidarischen Stadtgesellschaft.

## 50 Feministische Politik

51 Patriarchale Machtverhältnisse benachteiligen strukturell das Leben vieler  
52 Menschen in Berlin. Eine Stadt, die sich zum Grundgesetz und zu Menschenrechten  
53 bekennt, muss diese Machtstrukturen aufbrechen. Feministische Politik bedeutet,  
54 Schutz, Selbstbestimmung und Solidarität in Schulen, Unis und am Arbeitsplatz in  
55 den Mittelpunkt zu stellen. Zu oft wirkt Feminismus nur für die gutbürgerliche,  
56 weiße Frau. Selbstbestimmung wird gegen finanzielle Sicherheit ausgespielt und  
57 Solidarität reicht nur bis zur Frage der Herkunft.

58 Das Berliner Neutralitätsgesetz diskriminiert insbesondere muslimische FLINTA\*-  
59 Personen und muss abgeschafft werden. Vielfalt und Religionsausübung müssen im  
60 öffentlichen Dienst sichtbar und selbstverständlich sein. Gleichberechtigung  
61 endet nicht an der Schul- oder Amtszimmertür.

62 Feministische Politik heißt auch: Gewalt gegen Frauen, FLINTA\* und queere  
63 Menschen entschieden bekämpfen. Berlin braucht flächendeckend ausreichend  
64 Schutzräume, feministische Beratungseinrichtungen und verpflichtende  
65 Sensibilisierungstrainings für Polizei, Justiz und Verwaltung.

## 66 Antirassistische Politik

67 Institutioneller Rassismus in Berliner Behörden verhindert systematisch  
68 gleichberechtigte Teilhabe von migrantisierten Personen am gesellschaftlichen  
69 Leben. Ob in Strafverfahren oder bei der Arbeits- und Wohnungssuche - der  
70 Nachname, die Herkunft oder das Aussehen dürfen keine Rolle spielen. Um  
71 Antirassismus tief in der Gesellschaft zu verankern, müssen Lehrpläne  
72 rassistische Diskurse hinterfragen, anstatt sie zu reproduzieren. Beamte,  
73 insbesondere bei der Polizei und Justiz, müssen, wie in anderen Bundesländern,  
74 verpflichtend für Rassismus sensibilisiert werden. Gleichzeitig müssen  
75 Betroffene von staatlicher Repression niedrigschwelligen Zugang zu externen  
76 Beschwerdestellen haben.

77 Wir fordern eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik auf Landesebene, die  
78 unabhängig von bundespolitischen Verschärfungen umgesetzt wird. Abschiebungen,  
79 Familientrennungen und Abschiebehaft für Kinder sind mit unserem Verständnis von  
80 Menschenwürde unvereinbar und müssen beendet werden. Massenunterkünfte wie Tegel  
81 tragen zur Entmenschlichung von Geflüchteten bei und schaffen eine „Us vs.

82 Them"-Mentalität in einem Berlin, das für alle Menschen zugänglich sein sollte.  
83 Kirchenasyl ist von den Behörden zu respektieren. Landesaufnahmeprogramme sollen  
84 ausgebaut werden, um Schutzsuchenden sichere Zugänge zu ermöglichen. Geflüchtete  
85 müssen zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit haben, ihre Rechte durchzusetzen.  
86 Statt wie die Bundesregierung den verpflichteten den Rechtsbeistand durch  
87 Anwäl\*innen selbst im Abschiebegewahrsam wieder abzuschaffen, muss er für jede  
88 Phase des Asylverfahrens eingeführt werden.

## 89 Demokratie für alle – Macht neu verteilen

90 Eine gerechte Stadt braucht mehr als Umverteilung von Ressourcen, sie braucht  
91 die Demokratisierung von Macht. Demokratie darf kein Privileg sein. Wir fordern,  
92 dass alle, die in Berlin leben, auch über ihr Leben mitbestimmen können. Dazu  
93 gehört die Absenkung des Wahlalters auf null Jahre, die Einführung des  
94 Wahlrechts für Menschen ohne deutscher Staatsbürgerschaft und der Ausbau  
95 direkter Beteiligungsformate.

96 Der Staat hat die Aufgabe, Grundrechte zu schützen. Polizeigewalt darf nicht  
97 relativiert werden – sie muss unabhängig aufgeklärt und sanktioniert werden. Wir  
98 fordern die Ausweitung der Kompetenzen, insb. die Möglichkeit von Sanktionen,  
99 des Unabhängigen Polizeibeauftragten.. Der Verfassungsschutz hat in der  
100 Vergangenheit gezeigt, dass er Teil des Problems und nicht der Lösung ist. Wir  
101 setzen uns für die Abschaffung des Verfassungsschutzes ein!.

102 Die Grüne Jugend Berlin kämpft für eine Stadt, in der soziale Sicherheit,  
103 Menschenwürde und demokratische Teilhabe garantiert sind, unabhängig von  
104 Einkommen, Aufenthaltsstatus, Geschlecht oder Religion. Wir stehen für eine  
105 Politik, die nicht nur verwaltet, sondern verändert.

106 Zwischen Platte, Patriarchat und Privilegien kämpfen wir für soziale Garantien,  
107 den Abbau von Machtverhältnissen und eine Demokratie für alle.

## 108 Leichte Sprache

### 109 Leitantrag

110 Soziale Spaltung in Berlin

111 Berlin hat soziale Probleme.

112 Viele Menschen haben wenig Geld.

113 Es gibt Rassismus und Sexismus.

114 Diese Probleme hängen oft zusammen.

115 Wir wollen das ändern.

116 Mehrfachdiskriminierung

117 Manche Menschen erleben mehrere Probleme.

118 Zum Beispiel Frauen mit Migrationshintergrund.

- 119 Sie erfahren Sexismus und Rassismus.
- 120 Wir müssen alle Probleme zusammen bekämpfen.
- 121 Das nennt man Intersektionalität.
- 122 Freiheit und Teilhabe
- 123 Freiheit haben nur Menschen ohne Angst.
- 124 Viele Menschen haben Angst vor Wohnungslosigkeit.
- 125 Sie haben Angst vor Diskriminierung.
- 126 Sie können nicht gleich mitmachen in der Politik.
- 127 Wir wollen das ändern.
- 128 Soziale Sicherheit ist wichtig
- 129 Soziale Sicherheit gibt Freiheit.
- 130 Alle sollen mitmachen können.
- 131 Wohnen und Mobilität sind wichtig.
- 132 Sie müssen für alle bezahlbar sein.
- 133 Wohnen als Grundrecht
- 134 Wohnen ist ein Recht für alle Menschen.
- 135 Wohnen darf kein Geschäft sein.
- 136 Wir wollen Wohnungen zurück in öffentliche Hand.
- 137 Neue Wohnungen sollen sozial und umweltfreundlich sein.
- 138 Mieten sollen nicht zu hoch sein.
- 139 Mobilität für alle
- 140 Mobilität ist wichtig für Teilhabe.
- 141 Wir wollen ein günstiges Ticket für alle.
- 142 Später soll der Nahverkehr kostenlos sein.
- 143 Das Geld soll von Autofahrern kommen.
- 144 Busse und Bahnen sollen barrierefrei sein.
- 145 Freiwilliges Engagement
- 146 Alle sollen freiwillig helfen können.
- 147 Das soll fair bezahlt sein.
- 148 Freiwillige brauchen soziale Sicherheit.
- 149 Sie sollen kostenlos fahren können.
- 150 Jugendclubs und Bibliotheken sind wichtig.
- 151 Feministische Politik

- 152 Viele Menschen in Berlin haben Nachteile durch alte Machtregeln.
- 153 Berlin will Menschenrechte schützen.
- 154 Berlin will diese Machtregeln ändern.
- 155 Feministische Politik schützt Menschen.
- 156 Sie gibt Menschen mehr Freiheit.
- 157 Sie sorgt für Zusammenhalt in Schulen, Unis und Arbeit.
- 158 Feminismus hilft oft nur reichen weißen Frauen.
- 159 Freiheit wird gegen Geld getauscht.
- 160 Zusammenhalt gilt oft nur für Menschen aus der gleichen Herkunft.
- 161 Das Berliner Neutralitäts-Gesetz diskriminiert muslimische FLINTA\*-Personen.
- 162 Das Gesetz muss abgeschafft werden.
- 163 Vielfalt und Religions-Ausübung müssen im öffentlichen Dienst sichtbar sein.
- 164 Gleich-Berechtigung gilt überall.
- 165 Feministische Politik kämpft gegen Gewalt an Frauen, FLINTA\* und queeren
- 166 Menschen.
- 167 Berlin braucht Schutz-Räume und Beratungs-Stellen.
- 168 Polizei, Justiz und Verwaltung brauchen Schulungen gegen Diskriminierung.
- 169 Antirassistische Politik
- 170 Rassismus in Berliner Behörden verhindert gleiche Teil-Habe von Menschen mit
- 171 Migrations-Hintergrund.
- 172 Name, Herkunft und Aussehen dürfen keine Rolle spielen.
- 173 Lehr-Pläne sollen Rassismus hinterfragen.
- 174 Polizei und Justiz müssen Schulungen gegen Rassismus machen.
- 175 Betroffene brauchen einfache Wege, um sich zu beschweren.
- 176 Asyl- und Flüchtlingspolitik
- 177 Berlin braucht eine menschliche Asyl- und Flüchtlings-Politik.
- 178 Abschiebungen und Familientrennungen müssen aufhören.
- 179 Abschiebe-Haft für Kinder ist falsch.
- 180 Massen-Unterkünfte wie Tegel sind schlecht für Geflüchtete.
- 181 Kirchen-Asyl muss von Behörden respektiert werden.
- 182 Landes-Aufnahme-Programme sollen mehr Schutz-Suchenden helfen.
- 183 Geflüchtete müssen ihre Rechte immer durchsetzen können.
- 184 Rechts-Beistand durch Anwälte muss im Asyl-Verfahren immer möglich sein.

- 185 Die Bundesregierung will das abschaffen, das ist falsch.
- 186 Demokratie für alle
- 187 Alle Menschen in Berlin sollen mitbestimmen.
- 188 Demokratie ist kein Privileg.
- 189 Wir wollen das Wahl-Alter auf null Jahre senken.
- 190 Alle Menschen sollen wählen dürfen.
- 191 Auch Menschen ohne deutsche Staats-Bürgerschaft sollen wählen.
- 192 Wir wollen mehr direkte Mit-Bestimmung.
- 193 Der Staat schützt die Grund-Rechte.
- 194 Polizei-Gewalt darf es nicht geben.
- 195 Polizei-Gewalt muss aufgeklärt werden.
- 196 Die Polizei muss bestraft werden.
- 197 Der Unabhängige Polizei-Beauftragte soll mehr Rechte bekommen.
- 198 Er soll auch Strafen geben dürfen.
- 199 Der Verfassungs-Schutz ist ein Problem.
- 200 Wir wollen den Verfassungs-Schutz abschaffen.
- 201 Die Grüne Jugend Berlin kämpft für soziale Sicherheit.
- 202 Alle Menschen sollen Würde und Teil-Habe haben.
- 203 Das gilt für alle Menschen egal bei Geld, Aufenthalts-Status, Geschlecht oder
- 204 Religion.
- 205 Wir wollen eine Politik, die verändert und nicht nur verwaltet.
- 206 Wir kämpfen gegen Macht-Missbrauch und für soziale Rechte.
- 207 Wir wollen eine Demokratie für alle.